

SOZIALPOLITIK

„Ohne Gewährung der notwendigen Freiheitsrechte kann es keine Lösung der sozialen Frage geben. [...] Während der Staat auf die Aufsicht und eventuelle Gestaltung der Formen beschränkt bleiben soll, in denen der Wirtschaftsprozess abläuft, muß im Rahmen der Märkte, auch der Arbeitsmärkte, Freiheit bestehen. Das ist das Ziel.“ (*Eucken, 1990, S. 189f.*)

„Wir brauchen [...] nicht länger bei der Ansicht zu verweilen, es sei die Marktwirtschaft eine schlechthin antisoziale, das heißt, dem Interesse des wirtschaftlich stärkeren dienende Ordnung. Dieses Argument trifft dort, wo eine wirkliche Wettbewerbsordnung vorliegt, nicht zu, während weite Bereiche der Wirtschaftslenkung diesem schweren Vorwurf ausgesetzt sind. Aber es wäre auch eine Übertreibung, eine noch nicht gesteuerte Marktwirtschaft bereits als eine in jedem Sinne befriedigende Ordnung zu bezeichnen. Der Austauschmechanismus stellt sich uns als ein formaler Apparat dar, der wesensmäßig eine allseitig befriedigende soziale Lösung nicht automatisch erzielen kann, es sei denn, daß seine Energien durch eine bewußte Steuerung nach dieser Richtung gelenkt werden.“ (*Müller-Armack, 1976, S. 130f.*)

„Selbstverständlich reicht es nicht aus, die sozialen Aufgaben der Marktwirtschaft durch ihre wirtschaftlich größeren Leistungen bereits erfüllt zu sehen.“ (*Müller-Armack, 1976, S. 131*)

„Die Methodik eines solchen sozialpolitischen Vorgehens können wir uns wohl am leichtesten klarmachen, wenn wir feststellen, welche sozialpolitischen Eingriffe mit einer Marktwirtschaft nicht verträglich sind. Es ist dies die Form einer Lohnsicherung, die über eine allgemeine Preisfixierung und durch eine bewußt von der Grenzproduktivität der Arbeit abweichende Festlegung des Lohnsatzes dessen Höhe entgegen den Markttendenzen zu behaupten sucht.“ (Müller-Armack, 1976, S. 131f.)

„Gegenüber sozialpolitischen Eingriffen, die die Preisbildung selbst betreffen, scheint es richtiger zu sein, einen direkten Einkommensausgleich zwischen hohen und niedrigen Einkommen durch eine unmittelbare Einkommensumleitung vorzunehmen. Wenn auf dem Weg der Besteuerung die höheren Einkommen gekürzt und die einlaufenden Beträge etwa in Form von direkten Kinderbeihilfen, Mietzuschüssen, Wohnungsbauzuschüssen weitergeleitet werden, liegt geradezu der Idealfall eines marktgerechten Eingriffes vor. [...] Derartige direkte Subventionen haben den Vorzug größerer Klarheit und machen eine Kontrolle möglich, daß der soziale Schutz nur wirklich Bedürftigen zukommt.“ (Müller-Armack, 1976, S. 132)

„Entscheidend ist der Verzicht, soziale Maßnahmen über radikal vom Marktgleichgewicht wegführende Interventionen durchzuführen, während sich bei Änderung dieser Methodik sehr wohl die Möglichkeit ergibt, einschneidende und in ihrer Wirksamkeit nicht bezweifelbare soziale Umgestaltungen zu vollziehen. In erster Linie handelt es sich, wie gesagt, um den Übergang von den direkten Preisinterventionen zu einer indirekten Umgestaltung der Einkommens- und Besitzverhältnisse, die sich von jeder Blockierung des wirtschaftlichen Marktes fernhält.“ (Müller-Armack, 1976, S. 133)

„Wir warnen allerdings davor, soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit einander gleichzusetzen. Wer sich zur Freiheit als sittlichem Wert, zum echten Leistungswettbewerb und zur freien Preisbildung als organisierendem Wirtschaftsprinzip bekennt, für den bedeutet soziale Gerechtigkeit nicht ‚jedem das Gleiche‘, sondern ‚jedem das Seine‘, und zwar auf Grund seiner Leistungen.“ (Müller-Armack, 1981, S. 92)

„Freiheit ist nicht zu denken ohne Bewährung, das heißt ohne Wettbewerb der echten Leistung. Gerade ihn scheuen weite Kreise und ersetzen das Ideal der sozialen Gerechtigkeit durch das Ideal der sozialen Sicher-

heit. Das Versorgungsideal verdrängt das Leistungsideal. Dies erscheint und als einer der Gründe mancher sozialistischen Versuche, den Menschen die eigentliche wirtschaftliche Verantwortung abzunehmen und durch kollektive Sicherheit zu ersetzen." (Müller-Armack, 1981, S. 92)

„Die erste Bedeutung des Wortes [Gerechtigkeit] fällt mit demjenigen zusammen, was Aristoteles und die Schulgelehrten die kommutative (ausgleichende) Gerechtigkeit nennen [...], welche darin besteht, daß man sich alles dessen enthält, was einem anderen gehört und daß man alles dasjenige freiwillig tut, wozu man uns mit Fug und Recht zwingen könnte. Die zweite Bedeutung des Wortes fällt mit demjenigen zusammen, was einige distributive (austeilende) Gerechtigkeit genannt haben ... welche in richtiger Wohltätigkeit besteht, in dem gebührenden Gebrauch dessen, was uns gehört, und in der Verwendung dieser Güter zu jenen Zwecken der Mildtätigkeit oder der edlen Freigiebigkeit, zu welchen sie in unserer Lage geziemender Weise verwendet werden sollen. In dieser Bedeutung umfaßt Gerechtigkeit alle sozialen Tugenden.“ (Smith, 1985, S. 454f.)

„Eine *freiheitliche Wirtschaftsordnung* kann auf die Dauer nur dann bestehen, wenn und solange auch *im sozialen Leben* der Nation ein *Höchstmaß an Freiheit* an privater Initiative und Selbstvorsorge gewährleistet ist. Wenn dagegen die Bemühungen der Sozialpolitik darauf abzielen, dem Menschen schon von der Stunde seiner Geburt an volle Sicherheit gegen alle Widrigkeiten des Lebens zu gewährleisten, d.h. ihn in einer absoluten Weise gegen die Wechselfälle des Lebens abschirmen zu wollen, dann kann man von solchen Menschen einfach nicht mehr verlangen, daß sie das Maß an Kraft, Leistung und Initiative und anderen besten menschlichen Werten entfalten, das für das Leben und die Zukunft der Nation schicksalhaft ist und darüber hinaus die Voraussetzung einer auf die Initiative der Persönlichkeit begründeten ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ bietet.“ (Erhard, 1957, S. 246)

„Die Soziale Marktwirtschaft kann nicht gedeihen, wenn die ihr zugrunde liegende geistige Haltung, d. h. also die Bereitschaft, für das eigene Schicksal Verantwortung zu tragen und aus dem Streben nach Leistungssteigerung an einem ehrlichen freien Wettbewerb teilzunehmen, durch vermeintliche soziale Maßnahmen auf benachbarten Gebieten zum Absterben verurteilt ist.“ (Erhard, 1957, S. 245)

„Jeder ist seines Glückes Schmied. Es herrscht die individuelle Freiheit, und dies um so mehr, je weniger sich der Staat anmaßt, den einzelnen Staatsbürger gängeln oder sich gar zu seinem Schutzherrn aufspielen zu wollen. Solche ‚Wohltat‘ muss das Volk immer teuer bezahlen, weil kein Staat seinen Bürgern mehr geben kann, als er ihnen vorher abgenommen hat – und das noch abzüglich der Kosten einer zwangsläufig immer mehr zum Selbstzweck ausartenden Sozialbürokratie.

Nichts ist darum in der Regel unsozialer als der sogenannte ‚Wohlfahrtsstaat‘, der die menschliche Verantwortung erschaffen und die individuelle Leistung absinken läßt.“ (Erhard, 1962, S. 393)

„Das mir vorschwebende Ideal beruht auf der Stärke, daß der Einzelne sagen kann: ‚Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbstverantwortlich sein. Sorge du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin.‘ Der Ruf dürfte nicht lauten: ‚Du Staat, komm mir zu Hilfe, schütze mich und helfe mir.‘, sondern umgekehrt: ‚Kümmere du, Staat, dich nicht um meine Angelegenheiten, sondern gib mir so viel Freiheit und laß mir von dem Ertrag meiner Arbeit so viel, daß ich meine Existenz, mein Schicksal und dasjenige meiner Familie selbst zu gestalten in der Lage bin.“ (Erhard, 1957, S. 251f.)

„Die volkswirtschaftlich neutrale und autonome Sozialpolitik gehört daher der Vergangenheit an und muß einer Sozialpolitik Platz machen, die mit der Wirtschaftspolitik abgestimmt ist, d.h. die volkswirtschaftliche Produktivität nicht beeinträchtigt und den Grundprinzipien der marktwirtschaftlichen Ordnung entspricht.

Wenn wir eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf die Dauer aufrechterhalten wollen, ist es in der Tat ein Grunderfordernis, neben einer Wirtschaftspolitik, die dem Menschen wieder zu seiner persönlichen Freiheit verholfen hat, auch eine gleichermaßen freiheitliche Sozialpolitik zu betreiben. Es widerspricht der marktwirtschaftlichen Ordnung, die die Entscheidung über Produktion und Konsum dem einzelnen überläßt, die private Initiative bei der Vorsorge für die Wechselfälle und Notstände des Lebens auch dann auszuschalten, wenn der einzelne dazu fähig und gewillt ist, selbstverantwortlich und eigenständig vorzusorgen.“ (Erhard, 1962, S. 303)

„Garant des sozialen Anspruchs der Marktwirtschaft ist nicht nur der Markt, dessen wirtschaftliche Leistungen sehr oft schon sozialen Fortschritt bedeuten. Der Staat hat vielmehr die unbestrittene Aufgabe, über den Staatshaushalt und die öffentlichen Versicherungen die aus dem Marktprozess resultierenden Einkommensströme umzuleiten und soziale Leistungen, wie Kindergeld, Mietbeihilfen, Renten, Pensionen, Sozialsubventionen usw., zu ermöglichen.“ (Müller-Armack, 1981, S. 150)

„Zwei Momente sind also in den Wirtschaftsordnungen des verkehrswirtschaftlichen Typs für den Grad sozialer Sicherheit und für den Verteilungshergang entscheidend: Die Arbeitsmärkte in ihrem Ordnungsaufbau und die Ordnungsformen, die als Marktformen und Geldsysteme in der Gesamtordnung dominieren. Von ihnen hängt es auch ab, ob der Arbeiter die Werte erhält, die dem Wert seiner produktiven Leistung, also seinem Beitrag zur Konsumgutversorgung entspricht oder nicht; ob er also ‚ausgebeutet‘ wird oder nicht. Beide Momente sollten auch für die Wirtschafts- und Sozialpolitik entscheidend sein. – Damit haben wir die soziale Frage an einem zentralen Punkt berührt.“ (Eucken, 1990, S. 48)

„Es wäre also zu wünschen, daß man von einer spezifischen Sozialpolitik nur in dem Sinn einer bloßen durch den Staat vorgenommenen oder geförderten Korrektur der Einkommens- und Besitzverteilung spricht. Eine bloße Verteilungspolitik erschöpft aber bei weitem nicht das Gebiet der Maßnahmen, mit denen die sozialen Probleme, die sich um das Lebens- und Arbeitsschicksal der breiten Massen bewegen, zu lösen sind. Das Wichtigste, was man also über die deutsche Sozialpolitik sagen kann, ist der Satz, daß sie nach Möglichkeit kein Sonderfeld bilden und vor allem zu den Prinzipien der allgemeinen Wirtschaftspolitik nicht in Gegensatz treten sollte. Die rationellste Sozialpolitik ist also in hohem Maße identisch mit einer rationellen Produktions-, Markt-, Agrar-, Geld- und Kredit-, Konjunktur- und Außenhandelspolitik.“ (Röpke, 1950, S. 64f.)